

Bensheim , den 5. Juli 2011

Pressemitteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Kreisvorstand Bergstraße

c/o Eva Petermann

DGB Bergstraße: Steuersenkungspläne des Finanzministers sind aberwitzig / Gegen Steuerpolitik auf Pump / DGB fordert Vermögenssteuer

Als „durchsichtiges Täuschungsmanöver“ kritisiert der Kreisvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Kreis Bergstraße die Steuerpläne der CDU-FDP-Bundesregierung. „Mit diesem Rettungsschirm will die Koalition offenbar die angeschlagene FDP vor dem Absturz bei den nächsten Wahlen bewahren.“

Erst recht „abermwitzig“ sei die Position des hessischen Finanzministers Schäfer dazu: „ Noch vor wenigen Wochen war er Feuer und Flamme für die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung, um massive Kürzungen in der Bildung, bei den Sozialausgaben und im kulturellen Bereich forcieren zu können.“

Quasi im gleichen Atemzug plädiert er nun für Steuersenkungen. „Also noch weniger Einnahmen für den strukturell längst unterfinanzierten hessischen Landeshaushalt?“, fragt der DGB. Anscheinend sei der Finanzminister nicht mit den Grundrechenarten vertraut.

Laut Ministerpräsident Bouffier könne ja der Bund die Einnahmeausfälle für die Länder übernehmen. Eine solche Steuerpolitik auf Pump“ hält der DGB schlicht für „absolut unseriös“.

Bereits jetzt kommen die Städte und Gemeinden bei ihren Einsparungen an die Grenze des Zumutbaren. Jeder zusätzliche Steuerabbau führt zu weiterem Personalabbau, zu immer schlechteren öffentlichen Dienstleistungen und weiteren massiven Gebührenerhöhungen.

„Die Belastungsgrenze ist für die meisten Menschen schon lange erreicht und in vielen Fällen bereits deutlich überschritten“, stellt Kreisvorsitzender Franz Beiwinkel (Heppenheim) fest.

„Andererseits gibt es auch jede Menge Reichtum in Deutschland: Eine kleine Minderheit von 10 Prozent kann über 60 Prozent des gesamten Nettovermögens verfügen.“

Hier wollen die Gewerkschaften ansetzen. „Der DGB fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer“, erklärt Horst Raupp, DGB-Regionssekretär (Darmstadt). „Außerdem müssen hohe Erbschaften stärker besteuert werden. Wenn die Einnahmehasis des Landeshaushalts dauerhaft auf solide Füße gestellt wird, ist genug Geld da für die dringend notwendigen Aufgaben des Staates.“